



EQUALITY in HOUSING

Menschenrecht auf Wohnen? Zur Situation von MigrantInnen und ethnischen Minderheiten

Volker Frey, Klagsverband
BAWO Fachtagung 27. Mai 2011



EQUALITY in HOUSING

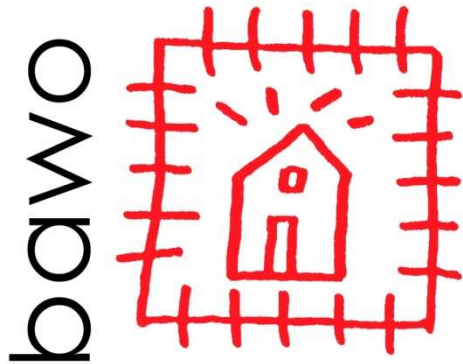
Überblick

- Zum Projekt
- Fragestellungen
- Antworten auf 3 Ebenen:
Völkerrecht, EU-Recht, nationales Recht



EQUALITY in HOUSING

ProjektpartnerInnen



EQUALITY in HOUSING

Projektmodule

- Studie (sozialwissenschaftlicher und rechtlicher Teil)
- Good Practice Workshops
- ÖA und Politikberatung



EQUALITY in HOUSING

Fragestellungen

Rechtlicher Teil der Studie

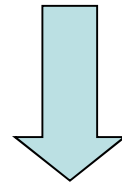
- Völker-, EU- und nationales Recht
- Zugang zu Gemeindewohnungen
- Wohnbauförderung
- Geförderter Wohnbau



EQUALITY in HOUSING

Menschenrecht auf Wohnen

- Soziales Menschenrecht (außer: GFK)
- In Ö durch Gesetze umzusetzen



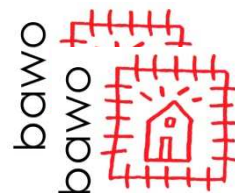
- In Österreich gibt es kein subjektives, verfassungsrechtlich gewährleistetes Recht auf Wohnen



EQUALITY in HOUSING

Wozu Völkerrecht?

- politisches Argument
- internationaler Standard durch Gutachten
- regelmäßige Prüfung (UPR)
- Individualbeschwerde



EQUALITY in HOUSING

EMRK

- in Ö verbindlich
- kein Recht auf Wohnen
- flankierende Rechte (fares Verfahren)
- Prüfung durch EGMR
- ECRI



EQUALITY in HOUSING

Flüchtlingskonvention

- in Ö verbindlich
- durch Status-RL gestärkt
- Gleichbehandlung mit ÖsterreicherInnen



EQUALITY in HOUSING

EU-Recht

- Gleichstellung EU-BürgerInnen
- Gleichbehandlung EWR-BürgerInnen
- Gleichbehandlung SchweizerInnen
- Amsterdamer Vertrag (Art 13 EGV/Art 19 AEUV) - Antirassismus-RL
- Fremden- und asylrechtl. Richtlinien



EQUALITY in HOUSING

EU-BürgerInnen

- ArbeitnehmerInnen-Freizügigkeit
- Niederlassungsfreiheit



EQUALITY in HOUSING

EWR-BürgerInnen & SchweizerInnen

- an EU-BürgerInnen orientierte Gleichbehandlung mit ÖsterreicherInnen durch Abkommen



EQUALITY in HOUSING

Antirassismus-RL

- Diskriminierungsverbot
- Staatsbürgerschafts-Ausnahme
- Fördermaßnahmen erlaubt
- Verfahrensvorschriften
- im Gleichbehandlungsgesetz und Länder-ADG umgesetzt



EQUALITY in HOUSING

Langfristig Aufenthaltsberechtigten-RL

- 5 Jahre Aufenthalt und Arbeit
- Weitgehende Gleichbehandlung mit ÖsterreicherInnen (Art. 11)
- Umsetzung in NAG: Daueraufenthalt EG
- Bund, Länder und Gemeinden müssen es beachten



EQUALITY in HOUSING

Status-RL

- Für anerkannte Flüchtlinge weitgehende Gleichbehandlung mit ÖsterreicherInnen (Art. 28 + 31)
- Gilt nicht für subsidiär Schutzberechtigte
- Bund, Länder und Gemeinden müssen es beachten



EQUALITY in HOUSING

Umsetzung der Antirassismus-RL

- § 31 GIBG
- Antidiskriminierungsgesetze der Länder
- Bei Verträgen GIBG anwendbar
(Zivilrecht Bundeskompetenz) – bisher
noch kaum Rechtsprechung



EQUALITY in HOUSING

Staatsbürgerschafts-Ausnahme

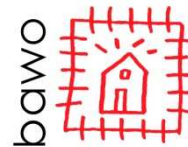
- § 31 Abs. 3 GIBG
- Fremdenrechtliche Unterscheidungen erlaubt
- Unsachliche Unterscheidungen
Diskriminierung
- (un)mittelbare Diskriminierung?



EQUALITY in HOUSING

Rechtsfolge

- Kein Kontrahierungszwang
- Schadenersatz



EQUALITY in HOUSING

Spezialfragen

- Mindestquoten erlaubt, wenn zulässige Fördermaßnahme
- Höchstquoten klar diskriminierend
- Sprachvoraussetzungen (über NAG hinaus) diskriminierend
- Kulturelle und religiöse Kriterien diskriminierend



EQUALITY in HOUSING

Gleich wie ÖsterreicherInnen zu behandeln

- EU-BürgerInnen
- EWR-BürgerInnen und SchweizerInnen
- anerkannte Flüchtlinge
- Langfristig Aufenthaltsberechtigte („Daueraufenthalt EG“)



EQUALITY in HOUSING

Verbesserungen bei Gemeindewohnungen

- Transparenz („gleichgestellte“)
- Flüchtlinge und langfristig
Aufenthaltsberechtigte



EQUALITY in HOUSING

Verbesserung bei Wohnbauförderung

- Transparenz („gleichgestellte“) aufgrund Vielzahl der Regelungen verstärktes Problem
- Flüchtlinge und langfristig Aufenthaltsberechtigte



EQUALITY in HOUSING

Empfehlungen

- rechtskonforme Regelungen
- Transparent formulieren
- soziale Kriterien
- Fördermaßnahmen, um geringere Sprachkenntnisse und weniger Kontakte/Vernetzung auszugleichen
- Gemeindeaufsicht wahrnehmen



EQUALITY in HOUSING

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Equality in Housing ist ein Projekt für Vielfalt und gegen Diskriminierung in Österreich.
Es wird durch das Programm der EU für Beschäftigung und Soziale Sicherheit – PROGRESS
(2007-2013) unterstützt und vom Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz,
dem Land Tirol und dem Land Wien aus Mitteln der Wohnbauforschung kofinanziert.



Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern

Luftbadgasse 14 – 16

1060 Wien

Tel.: ++43 (0) 1 – 961 0585 – 24

Fax: ++43 (0) 1 – 929 1399 – 99

Mail: info@klagsverband.at

Web: www.klagsverband.at